



Interview

Markus Ferber, Mitglied des Europäischen Parlaments

? Herr Ferber, als Mitglied des Europäischen Parlaments gestalten Sie seit 1994 u. a. die Finanzmarktpolitik in Europa mit. Wie ist es um das europäische Banken- und Versicherungswesen nach Ihrer Einschätzung aktuell bestellt?

! Die Erfahrungen, die wir im vergangenen Jahr gemacht haben, zeigen, dass das europäische Banken- und Versicherungswesen insgesamt gut aufgestellt ist. Die Corona-Krise und die Verwerfungen an den Märkten haben nicht dazu geführt, dass aus der Gesundheitskrise eine Finanzkrise geworden ist. Das zeigt, dass die Marktteilnehmer gut aufgestellt waren und der regulatorische Rahmen insgesamt robust ist. Unter Finanzstabilitäts Gesichtspunkten fällt das Fazit also positiv aus. Es ist aber auch klar, dass das makroökonomische Umfeld – und dazu zähle ich neben den Folgen der Pandemie insbesondere auch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank – viele Marktteilnehmer vor beachtliche Probleme stellt. Umso wichtiger ist es, das regulatorische Umfeld so auszugestalten, dass diese Probleme nicht noch verschärft werden.

? Das gesamte Finanzwesen leidet unter der anhaltenden Tiefzinssituation. Sie haben bereits 2014 vor marktverzerrenden Aktivitäten der EZB gewarnt und eine Rückbesinnung auf ihre primäre Aufgabe als Hüterin der Geldwertstabilität eingefordert. Wie beurteilen Sie das derzeitige Vorgehen der Notenbank?

Aus der Gesundheitskrise ist keine Finanzkrise geworden

! Wir sollten hier differenzieren zwischen den unmittelbaren Krisenreaktionsmaßnahmen in der Corona-Krise und den langfristigen Trends bei der geldpolitischen Ausrichtung der Europäischen Zentralbank. Dass die Europäische Zentralbank mit dem Pandemie-Notfallkaufprogramm im März 2020 schnell und kraftvoll reagiert hat, war sicherlich richtig – auch um die Finanzmärkte kurzfristig zu stabilisieren. Diese Reaktion fügt sich jedoch in den langfristigen Trend der EZB zu einer extrem expansiven Geldpolitik ein. Diese ist von extrem niedrigen Leitzinsen und immer neuen Anleihenkaufprogrammen gekennzeichnet. Dieser Langfristtrend macht mir große Sorgen, denn die EZB scheint keine Strategie dafür zu haben, wie man mittelfristig wieder zu einer Normalisie-

zung der Geldpolitik kommen kann. Denn sowohl die Märkte als auch einige Mitgliedstaaten haben sich inzwischen sehr an die Politik des billigen Geldes gewöhnt. Gleichzeitig sind die Nebeneffekte dieser lockeren Geldpolitik beachtlich, während die EZB ihr eigentliches geldpolitisches Ziel, nämlich eine Inflationsrate knapp unter zwei Prozent, schon seit geraumer Zeit verfehlt. Ich bin entsprechend sehr dafür, dass sich die EZB die laufende Überprüfung der geldpolitischen Strategie zum Anlass nimmt, diesen Ansatz einmal grundsätzlich zu überdenken.

? Für die Versicherungen wird 2021 ein entscheidendes Jahr, da der Review zu Solvency II ansteht. Wie fällt nach fünf Jahren Ihr Zwischenfazit zum europäischen Aufsichtsregime aus?

! Solvency II war ein ganz wichtiger Baustein dafür, einen Binnenmarkt für Versicherungen zu schaffen und für einheitlichere Wettbewerbsbedingungen und Mindeststandards in der gesamten EU zu sorgen. Nach fünf Jahren hat man aber auch gesehen, dass nicht alle Aspekte von Solvency II reibungslos funktionieren. Das Regime ist an vielen Stellen zu statisch, bietet nicht ausreichend Flexibilität und Verhältnismäßigkeit und ist an einigen Stellen schlichtweg nicht adäquat kalibriert. Das gilt umso mehr vor dem Hintergrund des derzeitigen Niedrigzinsumfeldes. Das sind alles Punkte, die wir im Solvency-II-Review angehen sollten. Ich bin sehr dafür, dass wir den Review dazu nutzen, Solvency II an den richtigen Stellen behutsam weiterzuentwickeln, ohne das ganze Regime auf den Kopf zu stellen. Das Motto muss also sein: eher Evolution als Revolution. Wir müssen vor allem schauen, wo wir beim ursprünglichen Solvency II überzogen haben und nun etwas feinjustieren. Insgesamt ist das gesamte Regime heute sehr konservativ ausgelegt. An vielen Stellen wäre ein stärker risikoorientierter Ansatz statt „one-size-fits-all“-Regeln der bessere Ansatz.

? Die EIOPA hat Ende 2020 ihre Änderungsvorschläge vorgelegt. Auch wenn zunächst die EU-Kommission Feedback geben muss, wie bewerten Sie den aktuellen Diskussionsstand?

! Die EIOPA-Vorschläge sehe ich nur als ersten Diskussionspunkt. An vielen Stellen muss noch einmal nachjustiert werden. Ich habe zum Beispiel Zweifel daran, ob man sich mit den Vorschlägen zur Extrapolation der Zinskurve oder bei der Volatilitätsanpassung in dieser Form einen Gefallen tut. Schließlich wollen wir Versicherer ja am Ende zu Langfristinvestoren machen und sie nicht aufgrund regulatorischer Vorgaben in kurzfristige Investments treiben. Auch beim Thema Verhältnismäßigkeit hätte ich mir von der EIOPA ambitionierte Vorschläge gewünscht. Ich hoffe sehr, dass die Europäische Kommission die EIOPA-Entwürfe nun nicht einfach

kritiklos übernimmt, sondern die Kritik ernst nimmt und sich grundsätzliche Gedanken macht, wo sie mit dem Solvency-II-Review hinwill und dann entsprechende Vorschläge vorlegt.

? Sie haben sich bereits mehrfach dafür ausgesprochen, dass sich Versicherungen als Langzeitinvestoren am Green Deal und damit an Klimaschutzmaßnahmen beteiligen. Welche Rahmenbedingungen müssen dafür aus Ihrer Sicht geschaffen werden?

! Wir haben in der Europäischen Union schon seit Langem ein Investitionsdefizit. Angesichts der ambitionierten umwelt- und Klimaschutzpolitischen Ziele, die wir uns gesetzt haben, wird dieses nur noch größer. Vor dem Hintergrund der hohen Staatsverschuldung in vielen Mitgliedstaaten ist auch klar, dass wir diese Investitionslücke nicht allein mit öffentlichen Mitteln füllen können. Versicherer sind die idealen Langzeitinvestoren, denn sie haben einerseits einen langen Investitionshorizont und ein großes Anlagevermögen. Versicherer können also durchaus einen Beitrag dazu leisten, einige der zentralen gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen dieser Zeit besser zu bewältigen. Um das möglich zu machen, müssen wir solche Langfrist- und Infrastrukturinvestitionen für Versicherer aber deutlich attraktiver machen. Wir müssen schauen, dass die Risikogewichte für solche Investitionen stimmen und Risiko- und Volatilitätsmargen nicht zu hoch ausfallen. Der Solvency-II-Review bietet dafür eine Chance, die genutzt werden muss.

? Die deutsche Aktuarvereinigung sieht aufgrund der politischen und regulatorischen Entwicklungen auf europäischer und nationaler Ebene eine steigende Nachfrage nach nachhaltigen Kapitalanlagen. Sollte das verfügbare Angebot nicht in vergleichbarem Maße steigen, sehen wir die Gefahr einer Blasenbildung. Eine regulatorische Bevorzugung von nachhaltigen Investments („Green Supporting Factor“) lehnen wir ab. Inwieweit teilen Sie diese Auffassungen?

! Diese Auffassung teile ich vollumfänglich. Solvency II und die gesamte europäische Finanzmarktregulierung orientieren sich allein am Risiko – das halte ich für das Aufsichtsrecht auch für die richtige Maßnahme. Nachhaltige Investitionen sind nicht per se risikoärmer als andere Arten von Investitionen, deswegen gibt es keinen sachlichen Grund für eine regulatorische Vorzugsbehandlung für diese Art von Investment. Am Ende tun wir der Sache damit auch keinen Gefallen. Denn wenn die nächste Blase am Finanzmarkt eine grüne Blase ist, dann haben wir dem Umwelt- und Klimaschutz damit einen Bärendienst erwiesen. Ideen wie einen „Green Supporting Factor“ oder einen „Brown Penalising Factor“ lehne ich daher ab.